

Allmählicher Abschied vom Kantönligeist

Von Daniel Bochsler und Pascal Sciarini*

Im Schweizer Parteiensystem findet ein grundlegender Wandel statt. Die Parteien sprengen die kantonalen Grenzen und entwickeln nationale Profile, mit Ausnahme der CVP.

Der Präsidenten Herkunft ist der Partei Programm: Der neue CVP-Präsident Christophe Darbellay kommt nicht von ungefähr aus dem Wallis, denn es ist der letzte grössere Kanton, in dem die CVP mit absoluter Mehrheit regiert. Auch alle anderen sechs Mitglieder der Parteispitze stammen aus einer ihrer Hochburgen. Diese Kantone sind für die Christlichdemokraten von besonderer Bedeutung, weil die Partei in den übrigen Kantonen kaum vom Fleck kommt. Der CVP ist es wenig gelungen, sich in der protestantischen, urbanen Schweiz zu etablieren; sie bleibt der katholisch-agrarischen Peripherie verhaftet: In Bern und Neuenburg weist sie nur wenige Wähler auf, in Zürich und in der Waadt schafft sie es gerade einmal auf 5 Prozent.

Damit bleibt die CVP, auch wenn sie im Ständerat die stärkste Deputation stellt, letztlich eine Regionalpartei, wie es auch der Indikator für die Parteinationalisierung zeigt (Grafik links). Der Indikator misst die Homogenität einer Partei von einem Kanton zum andern. Von den vier Bundesratsparteien ist die CVP bei weitem die am schwächsten nationalisierte.

Nur SP, FDP mit nationaler Tradition

Lange war die regionale Verbundenheit der Parteien keine Besonderheit der CVP, sondern vielmehr das Charakteristikum des Schweizer Parteiensystems. Die CVP deckte die katholischen Stände ab und konnte weitflächig mit absoluten Mehrheiten regieren, während die SVP bis in die 70er-Jahre (unter dem Kürzel BGB) eine Regionalpartei in den agrarisch-protestantischen Kantonen war. Noch regionaler waren die kleinen Parteien organisiert: Der untergegangene Landesring bestand zeitweise nur in einer Hand voll Kantonen mit urbanem Zentrum, die Liberalen sind seit jeher eine Regionalpartei in der Westschweiz und in Basel.

Wie die Grafik rechts zeigt, verhartete die Parteinationalisierung bis Anfang der 90er-Jahre bei rund 60 Prozent. Im internationalen Vergleich ist dies ein sehr tiefer Wert. Lediglich SP und FDP deckten die Schweiz beinahe flächendeckend ab; sie hatten schon damals eine nationale Wählerbasis, mit einem Nationalisierungsgrad von rund 80 Prozent.

Diese regionale Zerstückelung trug klar die Merkmale des ausgeprägten föderalistischen Systems der Schweiz. Bevor sie sich zu nationalen Parteien zusammenschlossen, bestanden die Parteien auf Kan-



BILD CHRISTOPHE CHAMMARTIN/REZO

Mit dem Sprung in die Romandie hat die SVP ihr nationales Profil gefestigt. Delegiertentag 2003, Montreux.

tonebene. Die Struktur der Schweizer Parteien als Föderationen liess den Kantonalparteien eine grosse Autonomie. Dies sowie die starke Dezentralisierung der staatlichen Kompetenzen und die historisch gewachsenen Unterschiede zwischen den Kantonen spiegelte sich lange Zeit in 26 sehr unterschiedlichen kantonalen Parteiensystemen. Manche Politikwissenschaftler sagten gar, die Schweiz habe keine nationalen Wahlen; Letztere wären vielmehr ein Puzzle aus 26 gleichzeitig stattfindenden Wahlen in den Kantonen.

Die SVP als Motor

In den letzten 15 Jahren haben sich die Schweizer Parteien jedoch grundlegend gewandelt. 1995 setzte der Nationalisierungsgrad zum Steigflug an und erreichte 2003 einen (vorläufigen) Höhepunkt von 74%. Damit hat die Schweiz erstmals ein wirklich nationales Parteiensystem: Drei der vier Bundesratsparteien sind in praktisch allen Kantonen präsent, und auch die fünfte Partei, die Grünen, weist heute ein nationales Profil auf.

Diese Entwicklung ist eng mit dem Aufstieg der SVP verbunden, die sich in drei Etappen in beinahe allen Kantonen etablieren konnte:

■ Im Zuge der EWR-Abstimmung 1992 gewann die Partei viele katholisch-konservative Wähler und setzte damit zum Sprung in die Deutschschweizer CVP-Stammlande an. 1995 eroberten neue SVP-Sektionen in Luzern, Zug, St. Gallen und Solothurn auf Anhieb bis zu 15 Prozent der Stimmen, in Schwyz legte die SVP stark zu.

■ Im Asyl-Wahlkampf 1999 (Asylgesetz-Abstimmung; Lancierung der SVP-Asylinitiative) konnte die SVP ihre Wählerbasis in den katholischen Deutschschweizer Kantonen massiv ausbauen, in Schwyz und St. Gallen überholte sie die CVP gar. So erreichte die SVP in der Deutschschweiz beinahe flächendeckend 30 Prozent der Wähler. In den protestantischen Kantonen gewann sie die Stimmen der kleinen Parteien der extremen Rechten.

■ 2003 schaffte die SVP einen spektakulären Sprung in die Romandie und etablierte sich in drei Kantonen (Genf, Neuenburg, Wallis) als neue Partei, in der Waadt und in Freiburg gewann sie massiv Stimmen. Damit überwand die SVP ein grosses Manko für die Eroberung des zweiten Bundesratsplatzes: In den 90er-Jahren galt sie als deutschschweizerische Regionalpartei; 2003 wurde sie zur nationalen Partei, mit einem flächendeckenden Wähleranteil von mindestens 20–30 Prozent.

Wie Grafik 2 zeigt, hat sich die SVP gleichzeitig mit dem Ausbau ihres Wähleranteils nationalisiert. Dies unterstreicht die Bedeutung der Stimmengewinne in Regionen, in denen die Partei zuvor nicht oder kaum präsent war. Ganz anders hingegen verhält es sich mit den Stimmenanteilen der anderen bürgerlichen Parteien: Der CVP ist es nicht gelungen, die Stimmenverluste in den Stammländern durch Gewinne andernorts zu kompensieren; die FDP wiederum konnte ihren Nationalisierungsgrad leicht erhöhen, wobei sie vor allem in ihren Hochburgen (z. B. Solothurn) Stimmen verlor.

Der elektorale Niedergang der CVP und das Vordringen der SVP in katholische Kantone zeigt, dass der konfessionelle Konflikt, der die schweizerische Politik

STICHWORT

Nationalisierungsgrad

Erstmals dokumentieren Zahlen den Wandel des Schweizer Parteiensystems vom Zweiten Weltkrieg bis heute. Auf der Grundlage eines Gini-Indexes, der die Verteilung des Reichtums in einem Land berechnet, misst der Nationalisierungsgrad die Homogenität der Wähleranteile der Parteien zwischen den Kantonen respektive die Homogenität des Parteiensystems als Ganzes. Bestünde eine Partei in jedem Kanton und wäre sie überall gleich stark, hätte sie den Wert von 100 Prozent. Tritt hingegen eine Partei nur in einem einzigen Kanton an, liegt ihr Wert unter 10 Prozent. In der Schweiz fällt die Lega dei Ticinesi in diese Kategorie.

Auch wenn dieser Indikator auf der Basis der Resultate der Nationalratswahlen berechnet wurde, sollte er nicht mit dem Wähleranteil verwechselt werden. Letzterer misst den Stimmenanteil, den eine Partei in einem Kanton oder im ganzen Land erhalten hat. Der Nationalisierungsgrad hingegen gibt Auskunft darüber, wie stark der Stimmenanteil einer Partei (oder aller Parteien) von Kanton zu Kanton variiert.

seit der Gründung des Bundesstaates dominiert hatte, an Bedeutung verliert. Stattdessen finden Fragen der ausserpolitischen Öffnung und Migrationsthemen, denen die SVP einen grossen Teil ihres Erfolgs verdankt, heute weit mehr Anklang bei der Wählerschaft. Die neuen Konfliktlinien verlaufen nicht mehr den Kantons-grenzen entlang, sondern überschneiden diese.

Die Entwicklung von regionalen zu nationalen einheitlichen Parteiensystemen ist keine Besonderheit der Schweiz. In anderen europäischen Ländern fand sie jedoch bereits viel früher statt. Mit ihrer Nationalisierung vollziehen die Parteien einen bereits lange anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Prozess nach: Zunehmende Mobilität, wirtschaftliche Integration und einheitliche Kommunikationsräume lassen Kantons-grenzen mehr und mehr als gesellschaftlich überholt erscheinen.

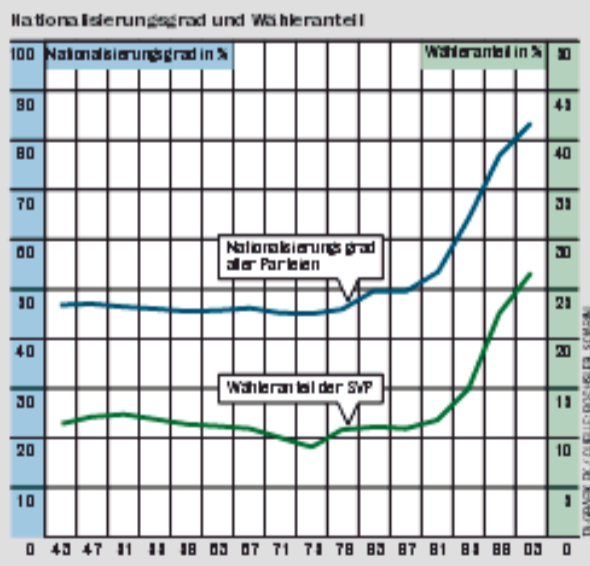
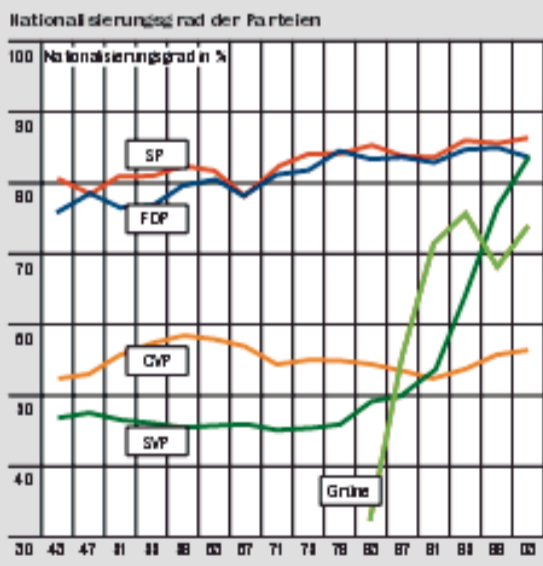
Fernsehen wird immer bedeutender

Am Beispiel des Mediensystems lässt sich dies besonders gut zeigen: Die (nationalen) Fernsehprogramme gewinnen in der Schweizer Politik an Bedeutung. Demgegenüber verschwinden lokale Zeitungen oder schliessen sich zu Medienverbänden zusammen, die Kantons-grenzen überschreiten; neue Medienformate wie Internet oder Pendlerzeitungen werden ohnehin national gelesen. Allmählich ziehen die Parteien ihre Schlüsse daraus und führen ihre Wahlkampagnen auf nationaler statt auf kantonalen Ebene, womit sie auch ihre Präsenz dort, wo sie zuvor kaum in Erscheinung getreten waren, verstärken.

Somit stehen die Zeichen gut, dass der Wahlkampf 2007 noch etwas nationaler wird als 2003 und die Parteien sich noch stärker nationalisieren. Einen Nationalisierungsschub könnten in Zukunft auch die kleineren Parteien erfahren: Sollte der Schmusekurs der Liberalen Partei mit der FDP in eine Parteienfusion münden, die christlichen Parteien erfolgreich sein bei der Expansion in neue Kantone und die kleinen Linksparteien zu einer nationalen Kraft zusammenwachsen, käme die Schweiz einem nationalen Parteiensystem einen weiteren Schritt näher. Ein perfekt nationales Parteiensystem ist in der Schweiz indes bis auf Weiteres nicht zu erwarten: Die Wahlsysteme für National- und Ständerat sorgen dafür, dass die Wahlkämpfe den Kantonen verhaftet bleiben und sich die Nationalisierung der Parteien nur allmählich durchsetzen kann (siehe Kasten).

* Daniel Bochsler ist Politikwissenschaftler an der Universität Genf und an der University of California (Irvine). Pascal Sciarini ist Direktor des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Genf.

Nationalisierung der Schweizer Parteien 1943–2003



Eine nationale oder 26 kantonale Wahlen?

Gemäss Gesetz gibt es in der Schweiz keine nationalen Wahlkämpfe. Zwar wird der Nationalrat in allen 26 Kantonen am gleichen Tag bestellt, doch damit hat es sich schon. Während Parteien in den meisten europäischen Ländern mit nationalen Listen antreten, reichen in jedem Schweizer Kanton die Parteien getrennte Listen ein. So treten etwa die Grünen in gewissen Kantonen auch als Grüne Freie Liste, Grünes Bündnis oder PopEcoSol an. Immerhin haben die Parteien selber in den letzten Jahren für eine gewisse Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes gesorgt und ihre Wahlkämpfe nationalisiert.

Noch immer ist jedoch das Wahlgesetz ein Hindernis auf dem Weg zu echten nationalen Wahlen. Gründe dafür sind die sehr unterschiedlich grossen, an die Kantone gebundenen Wahlkreise für den Nationalrat (1 bis 34 Mandate pro Wahlkreis) sowie die fehlende Sitzverteilung nach nationalem Stimmenanteil. In grossen Kantonen, wo mehrere Dutzend Mandate vergeben werden, treten auch kleinere Parteien (Grüne, EDU, etc.) an, denn auch sie haben Wahlchancen. In kleinen Kantonen mit wenigen Sitzen haben kleine Parteien keine Chance; die Parteienkonkurrenz reduziert sich auf die Grössten. In Schaffhau-

sen etwa traten 2003 nur die Bundesratsparteien an. Die ungleiche Wahlkreisgrösse ist also ein Hindernis für eine flächendeckende Präsenz der Parteien. Das Bundesgericht befand in einem Urteil für die Stadt Zürich, Ungleichheiten zwischen den Wahlkreisen seien zu beseitigen. Im neuen Zürcher Wahlrecht («Doppelter Pukelsheim») werden die Stimmen neu zwischen den Wahlkreisen verrechnet, zur Freude der kleinen Parteien. Bei den Nationalratswahlen sind die Wahlkreisunterschiede noch viel ausgeprägter als in Zürich, jedoch per Bundesgesetz geregelt und damit für das Bundesgericht unantastbar. (DB/PS)